

<b>Antrag</b> - öffentlich nach § 48 Abs. 2 Satz 1 GO NRW
<b>Drucksachen-Nr.</b>
<b>Externes Dokument</b>

<b>Antragsteller/in</b> Die Linke.	<b>Eingangsdatum</b>
gez. Stv. Michael Faber f.d.R. Anatol Koch	
27.10.2010	
<b>Datum</b> _____	<b>Unterschrift</b> _____

<b>Betreff</b> Erhalt des Projekts "Soziale Stadt" in Bonn Neu-Tannenbusch
---

* Zuständigkeiten	1 = Beschluss 5 = Anreg. an Rat	2 = Empf. An Rat 6 = Anreg. an HA	3 = Empf. an HA 7 = Anreg. an FachA	4 = Empf. an BV 8 = Anreg. an OB
<b>Gremium</b> Rat	<b>Sitzung</b> 18.11.2010	<b>Ergebnis</b>	<b>Z. *</b> 1	

### Inhalt des Antrages

1. Die Bundesstadt Bonn drückt gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung ihre Erwartung aus, dass die Mittel für die Städtebauförderung, insbesondere für das Projekt „Soziale Stadt“ nicht gekürzt werden.
2. Die Verwaltung wird gebeten, die Folgen einer Kürzung in Höhe von 155 Mio. Euro bei der Städtebauförderung und beim Programm „Soziale Stadt“ möglichst konkret für die Bundesstadt Bonn und die hier betroffenen Projekte darzulegen.

### Begründung

Der Bauausschuss des Deutschen Bundestages hat am 06.10.2010 eine Kürzung der Städtebauförderung um 155 Millionen Euro beschlossen. Ende November (KW 47) wird die Kürzung im Bundestag endgültig behandelt. Von den Kürzungen wäre insbesondere das Programm „Soziale Stadt“ betroffen, das auch in Bonn mit dem Projekt "Soziale Stadt Tannenbusch" realisiert wird. Die Kürzungen sollen insbesondere die nicht-investiven Maßnahmen umfassen. Gerade hier liegt aber ein wichtiger Schwerpunkt der Programme, die zum Ziel haben, der Vertiefung sozialer Spaltung in den betroffenen Stadtteilen entgegen zu wirken. Damit soll wieder einmal eine Politik zu Lasten der Kommunen und ihrer sozialen Entwicklung betrieben werden. Der Rat

sollte dies kurz vor der entscheidenden Beschlussfassung durch den Bundestag zurückweisen.